

Auf Zickzackkurs heraus aus der Umweltkatastrophe

Der sowjetische Umweltminister kämpft gegen Altlasten, neue Projekte und politische Ignoranz

An der Konferenz der europäischen Umweltminister in Dublin Anfang der Woche nahmen erstmals auch Ressortchefs aus den osteuropäischen Ländern teil, unter ihnen der Vorsitzende der „Goskompriroda SSSR“, des Staatskomitees für Naturschutz beim Obersten Sowjet der UdSSR, Nikolaj Nikolajewitsch Woronzow. Der international angesehene Zoologe, Evolutionsforscher und Genetiker machte sich einen Namen, indem er sich kritisch mit genetischen Dogmen aus der Stalinzeit auseinandersetzte. Die sowjetischen wissenschaftlichen Gesellschaften wählten ihn 1988 zum Volksdeputierten der UdSSR, im August 1989 wurde er als erster Parteiloser zum Vorsitzenden der Goskompriroda berufen. In der vergangenen Woche erhielt er in Frankfurt den Bruno-H.-Schubert-Preis, den höchst dotierten privaten Umweltschutzpreis der Bundesrepublik, für seine wissenschaftlichen Arbeiten. Mit ihm sprach Christian Schütze.

SZ: Welche Rolle spielen die Ökologie und der Umweltschutz in den Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Republiken?

Woronzow: Das ist sehr unterschiedlich. Die Ökologie geht alle an. Es gibt in diesem Rahmen Radikale, Linke und Konservative. Und dann gibt es unpolitische Kritiker, die einfach sagen: Die Moskauer

haben uns ein Werk hingestellt, das verschmutzt nun die Umwelt und muß geschlossen werden.

SZ: In Zukunft müssen nach den neuen Wirtschaftsgesetzen die Betriebe sich selbst erhalten. Sie werden nicht mehr von Gosplan gelenkt und subventioniert. Wird es der Umwelt in Zukunft besser gehen?

Woronzow: Davon bin ich nicht überzeugt; jedenfalls wird es nicht sofort so sein. Warum? Wir haben keine Gesetze über die Beziehungen der Gebiete untereinander im Hinblick auf den Naturschutz. Ich befürchte, daß man umweltschädigende Werke nun an den Grenzen zu Nachbarrepubliken bauen wird. An der Wolga zum Beispiel wird es so werden, daß solche Werke möglichst weit flußabwärts dicht an der Grenze zum Nachbargebiet entstehen. Ein trauriges Beispiel ist die Donau. Jedes Land versucht, mit Hilfe des Flusses seine Abfälle loszuwerden. Solches befürchte ich auch für die Wolga.

SZ: Den Sowjetmenschen soll es künftig besser gehen, aber Umweltschutz bedeutet doch, daß es ihnen erst einmal weniger gut geht, weil zunächst nicht konsumiert wird, sondern investiert werden muß.

Woronzow: Weil die Sowjetunion sehr groß ist, ist das nicht zu befürchten. In unserem Land gibt die Bevölkerung den ökologischen Problemen Vorrang vor den wirtschaftlichen. Die Bergarbeiter im Kohlerevier Kusbas haben auch für besse-

re Umweltbedingungen gestreikt. Das hat ihnen Einkommensverluste gebracht, aber sie haben durchgehalten und die Lohnabstriche hingenommen.

SZ: Es gibt in der Sowjetunion gute Umweltschutzgesetze, aber sie werden nicht befolgt. Warum?

Woronzow: Wir haben nur drei Gesetze: Das Wassergesetz, das Tierschutzgesetz und das Gesetz über die Naturerhaltung insgesamt. Es fehlen noch Gesetze zum Schutz der Pflanzen und des Bodens. Wir haben ein neues umfassendes Gesetz zum Schutz der Natur entworfen und hoffen, daß es bis Jahresende angenommen wird. Das Wichtigste ist die Präambel, die besagt, daß die Ökologie vor der Ökonomie den Vorrang hat.

SZ: Dieses Gesetz wird befolgt werden?

Woronzow: Es gibt die Möglichkeit dort, wo die Leute das Gesetz befolgen, die Schäden niedrig zu halten.

SZ: Wer kontrolliert die Einhaltung?

Woronzow: Wir haben eine Kommission, die bei der Neugründung von Fabriken Expertisen über die Umweltverträglichkeit anstellt. Ist diese gegeben, ist auch die Hilfe von Banken möglich. Aber die Wirklichkeit wird so aussehen, daß ein Behördenvertreter für den Schutz der Natur noch immer Schlangenlinien laufen muß.

SZ: Werden die Einzelrepubliken für den Naturschutz zuständig sein oder die Regierung der UdSSR?

Woronzow: Die Umweltschutzpolitik muß einheitlich sein, und das nicht nur in der Sowjetunion, sondern gesamteuropäisch, damit uns der Golfstrom nicht mehr den Plastikmüll zuträgt, der jetzt an manchen Stränden der Barentssee bis zu einem Meter hoch liegt. In unserem Gesetz wird eine Obergrenze für die zulässige Verschmutzung der gesamten Union festgelegt. Die einzelnen Republiken dürfen diese Bestimmungen allenfalls noch verschärfen.

SZ: Wird es dann eine Wanderung der Verschmutzer in die Republiken mit den geringeren Auflagen geben?

Woronzow: Das kann vorkommen. Wir haben einen Strafenkatalog gegen den Mißbrauch von Wasser erlassen, und wir bemühen uns, noch ein Zusatzgesetz zu entwerfen, damit bei übermäßiger Verschmutzung finanzielle Auflagen gemacht werden können. Es wird auch Lizenzen geben, die zum Ausstoß einer bestimmten Menge von Schadstoffen berechtigen.

SZ: Der Baikalsee ist ein weltweit beachtetes Beispiel für ein großes Umweltproblem geworden. Gibt es Möglichkeiten zu internationaler Hilfe oder kann die Sowjetunion das Problem allein lösen?

Woronzow: Alle möglichen Formen von Hilfe sind denkbar. Zum Beispiel könnte eine internationale Behörde das Wasser und den umliegenden Wald kontrollieren. Das Gebiet wäre dann selbstverständlich



NIKOLAJ WORONZOW Photo: SZ-Archiv

offen für Gelehrte und Spezialisten aus allen Ländern. Hilfe wäre auch möglich bei der Modernisierung von zwei Werken, die den See besonders verschmutzen.

SZ: Hören sowjetische Politiker auf den Rat von Wissenschaftlern?

Woronzow: Manchmal. Wir haben gerade mit Herrn Ryschkow darüber gesprochen, dem Premierminister. Wir haben in der Sowjetunion in mancher Hinsicht vergessen, was das ist: ein Gelehrter. Der Premierminister verläßt sich darauf, daß einer ein guter Wissenschaftler ist, wenn er sich Professor nennt; erst recht, wenn es sich um ein Mitglied der Akademie handelt. Aber die Akademiemitglieder sind nicht alle Einsteins.